

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung**

### **öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Integrationsrat	23.01.2012

### **Beantwortung einer Anfrage zur städtischen Dienststelle, Ausländerangelegenheiten Bezirksausländeramt Innenstadt, AN/2321/2011**

#### **1. Was ist der Grund für die langen Wartezeiten?**

Die Wartezeiten haben verschiedene Gründe. Zum 01.09.2011 wurde der eAT eingeführt. Diese rechtliche Änderung hat zwei Vorsprachen der Ausländerinnen und Ausländer zur Folge: 1. die Beantragung des eAT's, 2. die Abholung.

Die hierfür zugesetzten Stellen konnten jedoch erst im Laufe des Monats November 2011 endgültig besetzt werden. Die rechtlichen und technischen Schulungen erfolgen ab Januar 2012.

Mit der Einführung des eAT entsteht ein größerer Beratungsaufwand, vergleichbar dem neuen Personalausweis. Aufgrund oft fehlender deutscher Sprachkenntnisse erhöht sich der Zeitaufwand deutlich.

Durch die im Sommer erfolgte Umstellung vieler Länder auf biometrische Reisepässe werden mehr eAT beantragt, als bei der Kapazitätsplanung erkennbar war.

Leider ist die vom Bund zur Verfügung gestellte neue Technik für den eAT noch nicht ganz ausgereift. Hier sind teilweise zu langsame Zugriffszeiten und technische Fehler zu verzeichnen, weshalb einzelne Verfahrensschritte wie z. B. das Scannen der Fingerabdrücke wiederholt werden müssen.

#### **2. Was gedenkt die Verwaltung zu unternehmen, um diese Wartezeiten wieder auf annehmbares Maß zu reduzieren und wann ist mit einer Änderung zu rechnen?**

Neben dem Einsatz von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wird verstärkt mit der Vergabe von Terminen gearbeitet, die auch auf die Nachmittag gelegt werden. Bereits im Vorfeld der Einführung des eAT's wurden und werden alle die Ausländerinnen und Ausländer monatlich angeschrieben, deren Aufenthaltstitel im Zeitraum vom 01.09.2011 bis 30.04.2012 ablaufen. Damit konnte eine Entzerrung des Publikumaufkommens erreicht werden. Je nach Einarbeitungsstand wurden die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis Mitte Dezember 2011 sukzessive in der Sachbearbeitung eingesetzt. Durch die direkte Vorsprache bei der zuständigen Sachbearbeiterin bzw. dem zuständigen Sachbearbeiter reduziert sich die Wartezeit für das Publikum nunmehr deutlich.

#### **3. Besteht die Möglichkeit durch die Ausgabe von Wartemarken das dortige Durcheinander zu regulieren?**

Das Bezirksausländeramt Lindenthal ist bislang das einzige Bezirksausländeramt, das über eine entsprechende Aufrufanlage verfügt. Mit geeigneten organisatorischen Maßnahmen können die Vorsprachen zeitlich entzerrt werden: eine konsequente Terminierung der Vorsprachen, eine gezielte telefonische Erreichbarkeit, eine Terminvereinbarung per E-Mail. Hier wird auf die Erfahrung der Meldehallen mit dem neuen Personalausweis zurück gegriffen.

Die Situation im Bezirksausländeramt Innenstadt hat sich durch das zusätzliche Personal ent-

spannt, so dass nur noch geringe Wartezeiten anfallen. Die Sachbearbeiter haben feste Zuständigkeiten, so dass die Ausländerinnen und Ausländer einen festen Ansprechpartner haben. In den Bezirksausländerämtern Ehrenfeld und Kalk wird als Pilotprojekt der Mittwoch für Publikumsverkehr geschlossen, um ungestört notwendige Anträge und Anfragen bearbeiten zu können. Der Mittwoch soll von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt werden, um Nachbearbeitungen aus den publikumsintensiven Tagen zu erledigen und Rückstände zu verhindern, bzw. abzubauen. Dieses Projekt wird an einem Bezirksausländeramt (Kalk) mit einer derzeit problematischen Personalsituation und einem unproblematischen Bezirksausländeramt (Ehrenfeld) erprobt. In Kalk werden durch ein Rotationssystem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Bezirksausländerämtern zur Unterstützung eingesetzt. Gleichzeitig erfolgt eine Terminvergabe, jedoch mit Zeitfenstern für Vorsprachen ohne Terminierung (Arztmodell). Die Ausländerinnen und Ausländer, deren Titel in der Testphase abläuft, werden schriftlich auf die geänderten Öffnungszeiten hingewiesen und auf eine frühzeitige Terminvereinbarung hingewiesen. Nach Ablauf der Projektphase werden die Ergebnisse ausgewertet und ggf. auf alle Bezirke ausgedehnt.

**Gez. Kahlen**